

**Bundesminister Dr. Norbert Röttgen**

- (A) wir dort, wo wir wirklich einen Konsens haben – es ist eine unserer gesellschaftspolitischen Leistungen, auch einen Konsens erarbeitet zu haben –, an einem Strang ziehen. Im Übrigen freue ich mich auf eine sachorientierte, kontroverse Auseinandersetzung, über gelegentliche Unterstützung natürlich auch, vor allem aber auf eine erfolgreiche Zeit in der Umweltpolitik in den nächsten vier Jahren.

Besten Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Bevor ich dem Kollegen Kelber das Wort erteile, erlaube ich mir eine knappe Bemerkung. Es ist im wörtlichen wie im übertragenen Sinne gut, zu sehen, und vielleicht auch ein internationales Signal, dass es wenige Wochen vor der Konferenz in Kopenhagen mit Blick auf die Erwartungen und Zielsetzungen im Deutschen Bundestag ganz offenkundig eine große fraktionsübergreifende Mehrheit gibt. Das sollte vielleicht in dieser Debatte mit Blick auf die internationalen Implikationen der Vorbereitungen dieser Konferenz noch einmal deutlich werden.

(Beifall)

Herr Kollege Kelber, Sie haben das Wort.

**Ulrich Kelber (SPD):**

- (B) Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Röttgen! Lieber Wahlkreisnachbar! Erst einmal auch vonseiten der SPD alles Gute für Ihr neues Amt! Ich habe mit Freude gelesen, dass es Ihr Wunschsort war, man Sie also nicht gezwungen hat. Die strategischen Aspekte waren bei diesem Wunsch sicherlich nicht zu unterschätzen. Aus allen Vorgängern ist etwas geworden: Ministerpräsident, UN-Beauftragter, Bundeskanzlerin, Fraktionsvorsitzender und, wie ich hoffe, ab diesem Wochenende auch Parteivorsitzender. Ich hoffe natürlich auch, dass das inhaltliche Engagement hinzukommt und dann das, was heute relativ abstrakt war und wahrscheinlich sein musste, noch mit Inhalt gefüllt wird.

In der Tat ist dies keine Nebendebatte. Gut gemachte Umweltpolitik schützt die Lebensgrundlagen, sichert Lebensqualität und schafft Jobs mit Zukunftsgarantie. Diesem Anspruch wird zumindest der schwarz-schwarz-gelbe Koalitionsvertrag nicht gerecht. Wir warten natürlich in den vier Jahren auf die konkrete Politik. Ich nenne dafür ein paar Beispiele.

Das erste Beispiel ist: Bei aller Übereinstimmung in Sachen **Klimaschutz** als Ziel gibt es eine gewisse Zurückhaltung gegenüber einigen Instrumenten. Der Wahrheit zuliebe: Dass wir jetzt ohne Vorbehalt eine **Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen** um 40 Prozent zwischen 1990 und 2020 zugesagt haben, freut uns. Diesen Vorschlag hatte die SPD in der Großen Koalition mehrfach gemacht. Auf Arbeitsebene waren wir uns einig. Leider hat dieser Vorschlag den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder nie erreicht, weil er vom Ersten Parlamentarischen Ge-

schäftsführer der CDU/CSU-Fraktion zurückgehalten wurde. Dieser hieß in der letzten Legislaturperiode nicht Altmaier, sondern Norbert Röttgen. An dieser Stelle danke ich Ihnen, dass Sie Ihren eigenen Widerstand jetzt gebrochen haben, Herr Röttgen. Das war wahrscheinlich ein hartes inneres Ringen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Koalitionsvertrag steht auch, dass Sie einen Ablasshandel einführen wollen, um unser Land weiter zu versiegeln. Sie wollen den Schutz vor Umweltbelastungen auf die Geschwindigkeit des langsamsten europäischen Landes reduzieren. Nichts anderes heißt die sogenannte Eins-zu-eins-Umsetzung von europäischen Kompromissen. Sie gefährden die Jobs und die Technologieführerschaft Deutschlands durch Ihren geschraubten Rückwärtssalto in der Energiepolitik.

Noch etwas fällt auf: Neben jeden Absatz in der schwarz-schwarz-gelben Koalitionsvereinbarung kann man den Namen des Unternehmens oder des Verbandes schreiben, das oder der mit diesem Absatz bedient werden soll. So etwas habe ich in Deutschland noch nicht erlebt. Vor allem habe ich noch nicht erlebt, dass sogar noch das Produkt eines Unternehmens in einem Koalitionsvertrag genannt wird. Dort steht, dass der Anbau der Amflora-Kartoffel in Deutschland unterstützt werden soll, obwohl es für diese Gentechnikkartoffel von BASF noch nicht einmal in Europa eine Zulassung gibt. Auch das hat es in einem Koalitionsvertrag in Deutschland noch nicht gegeben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Besonders gefährlich ist diese Bedienung in der **Energiepolitik**. Wenn Sie schon nicht auf die Opposition hören wollen, dann hören Sie doch auf Ihren eigenen neuen Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Herrn Heitzer, der zuvor Präsident des Bundeskartellamts war. Er hat noch vor wenigen Wochen gesagt: Wer die **Laufzeiten der Atomkraftwerke** verlängert, verlängert vor allem das Monopol auf den Energiemärkten, mit dem den Menschen und auch den Firmen in Deutschland seit Jahren Milliarden Euro unnütz aus den Taschen gezogen werden. Hören Sie auf Ihre eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Sie in führenden Positionen installieren!

Die vier Energiekonzerne, die Atomkraftwerke betreiben, sollen zu diesen Milliarden Gewinnen von Ihnen jetzt weitere Milliarden geschenkt bekommen, und das, obwohl RWE und Eon im ersten Halbjahr 2009 mehr Gewinn gemacht haben als alle anderen börsennotierten Unternehmen Deutschlands zusammen. Diese Unternehmen wollen Sie weiter entlasten.

Es ist ein Fehler, zu sagen, das sei dieselbe Seite einer Medaille; die längere Laufzeit betreffe eine Brückentechnologie. In technischer Hinsicht kann man schnell erkennen: Das Gegenteil ist der Fall. Die Atomkraftwerke verstopfen die Energienetze. Immer häufiger müssen erneuerbare Energieträger abgeschaltet werden, weil die Atomkraftwerke zu Zeiten geringen Stromver-

Ulrich Kelber

- (A) brauchs bereits das gesamte Netz auslasten. Wir werden Ihnen die Zahlen liefern, Herr Kauch. Sie kennen sie selbstverständlich, die anderen vielleicht nicht.

Damit gefährden Sie die 280 000 Jobs, die schon jetzt im Bereich der **erneuerbaren Energien** entstanden sind, und Sie setzen die deutsche Technologieführerschaft aufs Spiel. Andere Länder – die USA und China, aber auch andere europäische Länder – investieren zusätzlich, schaffen mehr Anreize für erneuerbare Energien und bauen rechtliche Blockaden ab. In Deutschland dagegen gibt es die Ankündigung, sie im Zusammenspiel der Energiearten schlechter zu stellen. Sie gefährden damit den Vorsprung, den wir auch gemeinsam als Parlament in den letzten Jahren erarbeitet haben.

Diese Liebedienerei an einer Lobby wird schon durch ihre Ankündigung Deutschland schaden. Wir haben bereits jetzt durch die Ankündigung, 2012 die Bedingungen völlig neu zu formulieren, eine Zurückhaltung in den Investitionen in erneuerbare Energien zu verzeichnen. Diejenigen, die die Monopole ins Wackeln gebracht haben – die Stadtwerke und die Erneuerbaren –, müssen bei ihren Investitionen neu rechnen, weil ihre Konkurrenten Milliarden geschenkt bekommen sollen. Sprechen Sie doch mit den Aufsichtsräten der neuen Wettbewerber und der Stadtwerke! Jede Investition muss jetzt mit schlechteren Renditen neu gerechnet werden, weil der große Konkurrent bessere Bedingungen bekommt.

Diese Steuereinnahmen und diese Jobs fehlen schon jetzt, unmittelbar nach Ihrer Koalitionsvereinbarung. Das ist klar: Noch nie hat ein Koalitionsvertrag so ungenügend und schamlos Klientelinteressen bedient.

- (B) (Michael Kauch [FDP]: Das sagt der Richtige!)

Noch nie wurde eine Technologieführerschaft so leichtfertig aufgegeben. Noch nie hat sich ein wohlhabendes Land beim Schutz seiner Menschen und seiner Umwelt mit der Geschwindigkeit des ärmsten Landes zufriedengegeben. Diese Politik werden wir bekämpfen. Wir stehen für die Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien, in Lebensqualität und internationale Verantwortung im Klimaschutz. Das ist ein klares Kontrastprogramm zu dem, was Schwarz-Schwarz-Gelb abgeliefert hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Nun erteile ich Kollegen Michael Kauch für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Michael Kauch (FDP):**

Meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Kelber hat gezeigt, wie ratlos die Opposition angesichts dieses Koalitionsvertrages ist.

- (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei der SPD) (C)

Denn wenn Sie diesen Vertrag lesen und dem deutschen Volk nicht irgendwelchen Unsinn erzählen würden, würde Ihnen nicht mehr viel dazu einfallen, warum beispielsweise weiter die These vertreten wird, die Atomkraftwerke würden die erneuerbaren Energien in ihrer Entwicklung hemmen. Wir haben das Gegenteil in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann dürfen Sie die Laufzeiten nicht verlängern!)

Es ist eine bewusste Entscheidung dieser Koalition gewesen, dass der **Einspeisevorrang für erneuerbare Energien** unbegrenzt und ungedeckelt fortgeführt wird.

Mit dem Einspeisevorrang für erneuerbare Energien kann jeder Anbieter erneuerbarer Energien auch künftig seinen Angebotsmöglichkeiten entsprechend den Strom ins Netz einspeisen. Dann konkurrieren die Erneuerbaren eben nicht mit den Kernkraftwerken, sondern die Kernkraftwerke konkurrieren mit den Kohle- und Gaskraftwerken. Das kann man ja möglicherweise ökologisch richtig finden, Herr Kelber.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Das ist technisch nicht korrekt, Herr Kauch!)

- (D) Diese Koalition hat sich dazu bekannt, dass wir das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen wollen. Das bedeutet auf lange Sicht eine 100-prozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien. Das ist eine **Innovationsstrategie** für dieses Land, die ein Wettbewerbsmotor für unsere Wirtschaft sein wird.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wissen aber auch, dass das nicht von heute auf morgen geht; denn wir müssen auch die Realitäten anerkennen. Energie aus Wind und Sonne ist heute noch nicht so in das Netz integriert und speicherbar, wie wir uns das wünschen. Es geht nicht nur um die Strommengen, sondern auch um die Stetigkeit der Einspeisung. Deshalb brauchen wir **Brückentechnologien**. Wir sind der Auffassung, dass wir auf der einen Seite die erneuerbaren Energien ausbauen und auf der anderen Seite die **Laufzeiten der Kernkraftwerke** verlängern müssen, damit es grundlastfähigen, die Versorgung sichernden Strom gibt. Das liegt im Interesse unserer Industrie; denn bei einem Aluminiumwerk beispielsweise kann, wenn einmal der Wind nicht weht, der Strom nicht eine Stunde abgeschaltet werden. Dann wäre das Werk kaputt.

(Zuruf von der SPD: Ein ganz schlechtes Beispiel! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, ein schlechtes Beispiel! Das gibt's nämlich nicht!)